

# Die Kaufuntersuchung des Pferdes aus rechtlicher Sicht

D. Plewa, Germersheim

## Einleitung

Seit vielen Jahren befasst sich die Fachliteratur mit der Untersuchung von Pferden im Zusammenhang mit einem beabsichtigten oder vollzogenen Kauf (Eder 1999). Die tierärztliche Tätigkeit war speziell seit dem Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofes (BGH) zur Verjährung von Schadensersatzansprüchen aus einer fehlerhaften Ankaufsuntersuchung (BGH 1983) Gegenstand zahlreicher Prozesse und gerichtlicher Entscheidungen. Statistisch nicht zu erfassen sind die nach den Erfahrungen des Autors sehr häufigen Fälle außergerichtlicher Regulierung von Schadensersatzansprüchen, die vom Käufer eines Pferdes gegenüber dem untersuchenden Tierarzt geltend gemacht werden. Die forensische Bedeutung der tierärztlichen Tätigkeit im Spannungsfeld zwischen den Interessen von Verkäufers und Käufer eines Pferdes wird durch die zum 01.01. 2002 wirksam gewordene Schuldrechtsreform, speziell die Neufassung des Kaufrechts möglicherweise noch zunehmen. Allerdings sind Befürchtungen, der Tierarzt habe nach Wegfall der Spezialvorschriften zum Viehkauf (§§ 481 ff. BGB a.F.) den „schwarzen Peter“ keineswegs begründet, ist doch der Käufer im Rahmen der ihm obliegenden Schadensminderungspflicht gehalten, zunächst einmal Ansprüche gegenüber dem Verkäufer geltend zu machen (OLG Schleswig 1987). Da durch das Kaufrecht neuer Fassung (BGB 2002) die Rechtstellung des Käufers deutlich gestärkt wurde, tritt jedenfalls dann die Rolle des Tierarztes in den Hintergrund, wenn nicht individual- oder formularvertraglich von der Gesetzeslage zu Gunsten des Verkäufers abgewichen wurde.

## Zur Terminologie

In der Rechtsprechung findet sich sehr häufig der Begriff der Ankaufsuntersuchung, der sich im übrigen auch in der Praxis durchgesetzt hat (OLG Hamm 1996 et al.). Dabei soll es sich um die tierärztliche Untersuchung eines Pferdes handeln, deren Ergebnis – aufschiebende oder auflösende – Bedingung für das Zustandekommen eines Kaufvertrages wird (Schulze 1992, Fellmer 1990), wobei Auftraggeber regelmäßig der Käufer sein soll, ohne dass dies zwingend wäre (Schulze 1992, Eikmeier 1990). In der Literatur wurde vorge schlagen, daneben die Begriffe Verkaufs- und Gewährschaftsuntersuchung zu verwenden. Dabei sollte unter Verkaufsuntersuchung eine unabhängig vom konkreten Rechtsgeschäft vor dem Kauf veranlasste tierärztliche Untersuchung, unter Gewährschaftsuntersuchung die tierärztliche Untersuchung nach dem Kauf im Hinblick auf eine vertraglich vereinbarte Gewährleistung zu verstehen sein (Eikmeier 1990, Schulze 1992).

## Die Gewährschaftsuntersuchung

Die Gewährschaftsuntersuchung hat in der Praxis kaum eine Rolle gespielt. Wenn es nämlich um die Frage der gesetzlichen Haftung für Hauptmängel oder eine erweiterte vertragliche Haftung gem. § 492 BGB a.F. ging, wurde die tierärztliche Untersuchung regelmäßig zu Beweis Zwecken oder aber – völlig unabhängig von der vertraglichen Haftungslage – durch eine Erkrankung des gekauften Pferdes veranlasst. Die veterinärmedizinischen Feststellungen dienten dann zur Verfolgung von Ansprüchen gegenüber dem Verkäufer, und zwar als Grundlage für den Nachweis des Vorhandenseins eines Hauptmangels oder das Nichtvorhandensein einer zugesicherten Eigenschaft. Die Relevanz des Untersuchungsergebnisses betraf also das Rechtsverhältnis der Kaufvertragsparteien, nicht dasjenige zwischen Auftraggeber und Tierarzt.

## Die Verkaufsuntersuchung

Der Begriff der Verkaufsuntersuchung findet sich zwar vereinzelt in Urteilen (OLG Oldenburg 1998), lässt aber eine inhaltliche Präzision insofern vermissen, als einerseits die Person des Auftraggebers als Unterscheidungsmerkmal nicht taugt, andererseits fraglich ist, welcher zeitliche Abstand zum Kaufvertragsabschluss gegeben sein muss, um nicht doch von einer „Ankaufsuntersuchung“ ausgehen zu müssen. Es ist nämlich in der Rechtsprechung durchaus umstritten ist, ob nicht auch bei einer vor dem Kauf durchgeführten Untersuchung von einer Ankaufsuntersuchung im weiteren Sinne auszugehen ist mit der Konsequenz, dass sich durchaus die Frage der Haftung des untersuchenden Tierarztes bei einem unzutreffenden Untersuchungsergebnis stellt (OLG Köln 1992, OLG Düsseldorf 1998). Letztlich mag die Schöpfung verschiedener Begriffe jedenfalls für die Rechtsprechung eher verwirrend gewesen sein, weil die Aussagefähigkeit im Hinblick auf den Begriffsinhalt begrenzt war und die Bildung eines einheitlichen Verständnisses vom Begriff der Ankaufsuntersuchung eher erschwert wurde. Die Diskussion soll hier nicht vertieft, wohl aber soll klargestellt werden, dass das Unterscheidungskriterium zwischen Verkaufs- und Ankaufsuntersuchung schon nach bisheriger Terminologie (Fellmer 1990 et al.) nicht die Person des Auftraggebers war, konnte doch eine Ankaufsuntersuchung durchaus auch vom Verkäufer in Auftrag gegeben werden. Entscheidend war vielmehr der Bezug zu einem konkreten Rechtsgeschäft. Die Verkaufsuntersuchung diente eher der Vorbereitung eines beabsichtigten Verkaufs, die tierärztliche Bescheinigung über das Untersuchungsergebnis als Verkaufsargument, wobei die rechtliche Qualifizierung Probleme bereitete. Die Rechtsprechung wertete die Übergabe eines Attestes über eine Verkaufsuntersuchung teils als Zusicherung einer Eigenschaft im Sinne von § 492 BGB a.F. (OLG Schleswig 1987 et al.), also als rechtsgeschäftliche Willenserklärung, teilweise als schlichte Wissenserklärung des Inhalts, dass das Pferd mit dem vom Tierarzt wiedergegebenen Ergebnis untersucht worden sei (LG Itzehoe 2000 et al.). Von einer Verkaufsuntersuchung sollte deswegen überhaupt nur dann die Rede sein, wenn der Verkäufer eines Pferdes im Hinblick auf den allgemein beabsichtigten Verkauf die tierärztliche Untersuchung des anzubietenden Pferdes in Auftrag gibt und das Ergebnis der Untersuchung als objektive Informationsgrundlage für einen beliebigen Kaufinteressenten dienen soll. Die rechtliche Konsequenz läge darin, dass der Tierarzt eine Haftung gegenüber dem

Käufer nicht übernimmt, weil es an der Einbeziehung in den Schutzbereich des Vertrages fehlt (vgl. unten 5). Im Verhältnis zum Käufer würde die Erwähnung von Befunden im Untersuchungsprotokoll dessen Kenntnis im Sinne des § 442 BGB n.F. begründen, der Käufer könnte also an derartige, ihm durch die Überlassung des tierärztlichen Berichts mitgeteilte Befunde keine Ansprüche anknüpfen.

Innerhalb des Vertragsverhältnisses sollte der Hinweis des Verkäufers auf das Untersuchungsergebnis lediglich als objektive Information dahingehend verstanden werden, dass das Pferd mit dem aus dem Untersuchungsprotokoll ersichtlichen Ergebnis zu einem bestimmten Zeitpunkt untersucht wurde. Angesichts der strittigen rechtlichen Qualifizierung des tierärztlichen Berichts über eine Verkaufsuntersuchung sollte allerdings der Verkäufer ausdrücklich klar stellen, dass der Inhalt nicht zum Inhalt einer Beschaffenheitsvereinbarung im Sinne von § 434 I BGB gemacht wird. Gerade dadurch würde dann eine – aktuelle – Untersuchung nicht unbedingt entbehrlich werden.

### Die Kaufuntersuchung

Im Gegensatz zur Verkaufsuntersuchung sollte von einer (An-)Kaufuntersuchung immer dann gesprochen werden, wenn sie in zeitlicher Nähe zu einem konkreten Verkaufsvorgang durchgeführt wird auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen Verkäufer und dem bereits individualisierten, also bekannten Käufer, dem das Untersuchungsergebnis als Teil der Grundlage seiner Kaufentscheidung dient. Dabei wird auch nach dem neuen Schuldrecht davon auszugehen sein, dass die Billigung des Pferdes als Kaufgegenstand in Kenntnis des Untersuchungsergebnisses aufschiebende oder auflösende Bedingung für das Zustandekommen des Kaufvertrages ist (Fellmer 1990 et al.). Dies bedeutet: Das Zustandekommen des – ansonsten bereits unbedingt – abgeschlossenen Vertrages hängt lediglich vom Untersuchungsergebnis ab oder aber der bereits abgeschlossene Vertrag wird durch das Untersuchungsergebnis rückwirkend unwirksam. Rechtliche Konsequenzen hat die unterschiedliche Konstellation bezüglich des Gefahrüberganges daneben möglicherweise auch für das Fortbestehen des Versicherungsschutzes aus einem Tierlebensversicherungsvertrag. Nach den allgemeinen Bedingungen für die Versicherung von Pferden dürfte der Versicherungsschutz bei einem auflösend bedingten Kauf enden, weil das Pferd aus dem Gewahrsam des Versicherungsnehmers „für dauernd ausscheidet“, was beim aufschiebend bedingten Kauf zweifelsfrei zu verneinen ist (AVP 1995). Empfehlenswert ist es sicherlich, das Zustandekommen des Kaufvertrages vom Untersuchungsergebnis abhängig zu machen, also eine aufschiebende Bedingung zu vereinbaren. Wird nichts abweichendes verabredet, ist der Käufer zur Abnahme des Pferdes und Bezahlung verpflichtet, wenn nach Treu und Glauben die Billigung des Pferdes erwartet werden kann (OLG Köln 1995 et al.).

### Ergebnis

Mit dem Inkrafttreten des neuen Kaufrechts sollte die Verwendung der Begriffe Gewährschafts- und Verkaufsuntersuchung entbehrlich geworden sein, jedenfalls wird ihre praktische Bedeutung weiter abnehmen. Das Gegenteil gilt aus nachstehend noch zu erörternden Gründen für die Ankaufs- oder

Kaufuntersuchung. Der Klarheit wegen sollte künftig von einer Kaufuntersuchung gesprochen werden. Die Verwendung des Begriffs Ankaufsuntersuchung hat allenfalls den Vorzug der Popularität, nicht dagegen den der größeren Aussagekraft, da schließlich zum An- auch immer der Verkauf gehört.

### Interessenlage nach altem und neuem Kaufrecht

Die Kaufuntersuchung dient dem Pferdekäufer als wesentliche Entscheidungshilfe. Sie soll ihm, wenn auch im Rahmen einer Momentaufnahme (Huskamp 1987) einen Überblick über den Gesundheitszustand und mögliche Mängel verschaffen, die geeignet sind, die Leistungs- und Einsatzfähigkeit des Pferdes zu beeinträchtigen. Da nach § 482 BGB a.F. der Verkäufer eines Pferdes grundsätzlich nur für Hauptmängel haftete, zudem der aufgeklärte Verkäufer eine erweiterte Gewährleistung für das Freisein von gesundheitlichen Beeinträchtigungen regelmäßig nicht übernahm, kam dem Ergebnis der Kaufuntersuchung eine entscheidende Bedeutung im Hinblick auf die Information des Käufers zu (Plewa 1987 et al.). Der Verkäufer hatte regelmäßig ein Interesse daran, dass möglichst keine Befunde entdeckt wurden, jedenfalls nicht solche, die den Käufer hätten abschrecken können. Der Käufer dagegen erwartete eine möglichst umfassende Aufklärung über den aktuellen Gesundheitszustand, regelmäßig verknüpft mit der Erwartung, im Sinne einer Prognose auch über künftige Auswirkungen vorhandener Befunde unterrichtet zu werden (OLG Hamm 1985).

Dem Verkäufer „alten Rechts“ konnte es durchaus gelegen sein, wenn der Käufer erst gar nicht auf die Idee kam, eine Kaufuntersuchung zum Inhalt des Kaufvertrages zu machen. Insoweit hat sich die Interessenlage durch die Neufassung des Kaufrechts geändert: Der Verkäufer eines Pferdes haftet künftig für jede Abweichung von der vereinbarten Beschaffenheit, ansonsten für alle die nach dem Vertrag vorausgesetzte oder die gewöhnliche Verwendung beeinträchtigende Mängel, § 434 Abs. 1 BGB, soweit nicht die Haftung vertraglich ausgeschlossen ist. Den Möglichkeiten, von der gesetzlichen Vorgabe abzuweichen, sind für den Unternehmer im Sinne von § 14 BGB (neue Fassung) beim Verkauf an einen privaten Käufer, den Verbraucher im Sinne von § 13 BGB, enge Grenzen gesetzt. Bei anderen Vertragskonstellationen, also beim Verkauf von privat an privat oder von Unternehmer an Unternehmer, besteht dagegen im Rahmen der Vertragsfreiheit das Recht, einen vollständigen Gewährleistungsausschluss vorzusehen. In diesem Fall ebenso wie beim Verbrauchsgüterkauf gemäß § 475 BGB n.F. (Verkauf vom Unternehmer an den Verbraucher) gewinnt die Kaufuntersuchung an Bedeutung.

Der gewerbliche Verkäufer wird ein Interesse daran haben, dass im Rahmen einer Kaufuntersuchung festgestellte Befunde vom Käufer akzeptiert werden. Insoweit ist dann nämlich eine Haftung des Verkäufers wegen der Kenntnis des Käufers nach § 462 BGB ausgeschlossen.

Denkbar ist auch, dass als gesundheitliche Beschaffenheit des Pferdes der Zustand vereinbart wird, wie er sich nach dem tierärztlichen Untersuchungsprotokoll ergibt (FN 2002). Problematisch ist diese Vertragskonstellation allerdings, weil der Verkäufer durch die Beschaffenheitsvereinbarung auch für solche Mängel haften dürfte, die vom Tierarzt übersehen und deswegen im Untersuchungsprotokoll nicht aufgeführt wur-

den, darüber hinaus aber auch für solche Mängel, auf die sich die Kaufuntersuchung gar nicht erstreckte. Die Bezugnahme auf die vom Tierarzt festgestellte gesundheitliche Beschaffenheit könnte nämlich dahingehend interpretiert werden, dass das Pferd andere als die in dem Untersuchungsbericht aufgeführten Befunde nicht aufweist.

Beim vertraglich vereinbarten Gewährleistungsausschluss hat der Käufer ein Interesse daran, umfassend über alle erheblichen Befunde aufgeklärt zu werden, um sich danach für oder gegen den Kauf entscheiden zu können. Da bei späterem Auftreten gesundheitlicher Beeinträchtigungen Ansprüche gegenüber dem Verkäufer ausscheiden, kommt als Anspruchsgegner ausschließlich der untersuchende Tierarzt in Betracht. Unverändert besteht natürlich das Interesse eines jeden Verkäufers, dass nicht solche Mängel entdeckt werden, die den Kaufinteressenten vom Erwerb abhalten. Andererseits ist ein gegenüber der früheren Gesetzeslage gesteigertes Interesse des Verkäufers an der Durchführung einer Kaufuntersuchung nicht zu leugnen, dessen Bedeutung sollte allerdings nicht überschätzt werden. Eine grundlegend veränderte Rolle hat die Kaufuntersuchung durch die Neufassung des Kaufrechts nicht erhalten. Die Brisanz für die tierärztliche Haftung wurde im Hinblick auf die erweiterten Käuferrechte sogar eher verringert.

## Das Vertragsverhältnis Tierarzt/Auftraggeber

### Vertragstyp

Es besteht kein Streit darüber, dass der Vertrag über die Durchführung einer Kaufuntersuchung als Werkvertrag zu qualifizieren ist (BGH 1983). Dies hat im Gegensatz zum tierärztlichen Behandlungsvertrag, der von Ausnahmen abgesehen als Dienstvertrag anzusehen ist (Köhler und Kraft 1984) zur Folge, dass nicht nur die Untersuchung an sich, sondern eine im Rahmen des erteilten Auftrages vollständige Untersuchung mit richtigem Ergebnis und schriftlicher Befundung geschuldet ist (Köhler und Kraft 1984). Die Autoren weisen in diesem Zusammenhang richtigerweise darauf hin, dass bei entsprechender Vereinbarung das Gutachten nur mündlich zu erstatten ist.

### Untersuchungsumfang

Den Untersuchungsumfang bestimmt grundsätzlich der Auftraggeber (Köhler und Kraft 1984). Allerdings greift bereits hier die tierärztliche Aufklärungspflicht: Der Tierarzt ist gehalten, den Vertragspartner darüber zu unterrichten, in welchem Umfang üblicherweise Untersuchungen durchgeführt werden, wobei die Anforderungen an diese Informationspflicht umso höher sind, je unerfahrener der Auftraggeber ist und je praxisferner die von ihm gewünschten Einschränkungen des Untersuchungsumfanges sind. Zudem ist der Auftraggeber dann aufzuklären, wenn das Ergebnis eines bestimmten Untersuchungsschrittes die Durchführung einer weitergehenden Untersuchung zur Abklärung der Relevanz des erhobenen Befundes indiziert (Eikmeier 1990). Im Wesentlichen unproblematisch ist die rechtliche Beurteilung dann, wenn im Rahmen nachweisbarer Absprachen der Untersuchungsumfang individuell fest umrissen wurde. Klärungsbedürftig dagegen sind die Fälle, in denen lediglich eine Kaufuntersuchung an sich oder aber, um einen gängigen Jargon aufzugreifen, ein

„kleiner“ oder „großer TÜV“ in Auftrag gegeben wurde. Letztere Unterscheidung ist insofern noch relativ klar, als mit dem „kleinen TÜV“ die klinische, mit dem „großen“ auch die röntgengologische Untersuchung gemeint ist. Es stellt sich allerdings die Frage, ob damit dann der Untersuchungsumfang hinreichend definiert ist. Mit anderen Worten: Gibt es einen standardisierten Untersuchungsumfang? Hiergegen wurde in einzelnen Gerichtsurteilen argumentiert, den könne es schon deswegen nicht geben, weil es einen klar definierten Begriff der Ankaufsuntersuchung nicht gäbe, vielmehr zwischen Verkaufs- und Ankaufs- und Gewährschaftsuntersuchung unterschieden werde (OLG Karlsruhe 1996). Dieses Argument überzeugt sicherlich in Anbetracht obiger Ausführungen zur Terminologie, die eine hinreichend klare Abgrenzung zulässt, nicht. Wohl aber lässt die Verwendung inhaltlich sehr unterschiedlich ausgestalteter Untersuchungsprotokolle in der tierärztlichen Praxis Zweifel daran aufkommen, ob von einem Standarduntersuchungsumfang ausgegangen werden darf. Erfreulicherweise hat sich das vom Hippia-trika-Verlag herausgegebene Formular (Lauk und Huskamp Hsgb. 1987) am Markt seit vielen Jahren so weit durchgesetzt, dass von verschiedenen Sachverständigen, die in gerichtlichem Auftrag tätig waren, die Auffassung vertreten wurde, der darin wiedergegebene Untersuchungsumfang sei als Mindest-Standard der klinischen bzw. röntgenologischen Kaufuntersuchung anzunehmen. In der Tat spricht die Verbreitung des Formulars und die Akzeptanz in der tierärztlichen Praxis dafür, dass das von hochrangigen Experten entwickelte Untersuchungsprotokoll unverändert einen tragfähigen Konsens in der Tierärzteschaft widerspiegelt. Unabhängig von der Frage, ob rund 15 Jahre nach dem erstmaligen Erscheinen des Formulars in Details Ergänzungsbedarf bestehen mag, z.B. durch Ergänzung der klinischen Untersuchung um die Endoskopie der Atemwege und Erweiterung der Röntgenuntersuchung der Strahlbeine und Sprunggelenke um eine Ebene, ist es ein Gebot der Stunde, Einmütigkeit darüber zu wahren, dass es einen standardisierten Kaufuntersuchungsumfang gibt, oder aber einen solchen zu definieren.

## Haftungsrisiken

Ansprüche wegen fehlerhafter Kaufuntersuchungen waren und sind sehr häufiger Gegenstand außergerichtlicher wie gerichtlicher Auseinandersetzungen zwischen Geschädigten und Tierarzt (Eder 1999). Der Anknüpfungspunkt für die Inanspruchnahme des Tierarztes liegt nach der gesetzlichen Terminologie in der Pflichtverletzung. Sie muss zu einem Schaden geführt haben, der im Rahmen des hier behandelten Werkvertrages regelmäßig durch einen nicht verhinderten Kauf herbeigeführt wird. Eher selten sind die Fälle, in denen der übervorsichtige Tierarzt durch Angabe eines nicht vorhandenen Befundes die Veräußerung des untersuchten Pferdes vereitelt. Die Detailbetrachtung der entschiedenen Fälle lässt als Anknüpfungspunkt für die tierärztliche Haftung eine Aufteilung in folgende Fallgruppen zu:

Zum vereinbarten oder als standardisiert zugrunde liegenden Untersuchungsumfang gehörende Untersuchungsschritte werden unterlassen, z. B. es wird keine Beugeprobe durchgeführt (OLG Frankfurt 1992).

Es werden Röntgenbilder mangelhafter Qualität angefertigt,

die nicht ausreichend interpretierbar sind (OLG Zweibrücken 1999).

Es werden im Rahmen der klinischen Untersuchung wahrnehmbare Veränderungen, z. B. Operationsnarben oder auf grundsätzlich auswertbaren Röntgenbildern erkennbare Befunde nicht mitgeteilt (OLG Hamm 1996).

Eine derartige Pflichtverletzung führt dann zur Schadensersatzpflicht, wenn der „vernünftige Käufer“ bei Aufklärung über den – möglicherweise (Unterlassung) - vorhandenen Befund vom Kauf Abstand genommen hätte. So hat der Tierarzt bei einem fehlerhaft unterlassenen Untersuchungsschritt oder mangelnder Interpretierbarkeit der Röntgenaufnahmen nachzuweisen, dass bei durchgeführter Untersuchung oder Anfertigung aussagefähiger Röntgenbilder kein Befund erhoben worden wäre (OLG Hamm 1996). Da es sich um einen vertraglichen Schadensersatzanspruch handelt, besteht er zunächst im Verhältnis zwischen den Vertragspartnern. Unproblematisch ist dies, soweit der Käufer Auftraggeber des Tierarztes ist, da er bei fehlerhafter Untersuchung zugleich der Geschädigte ist. Im Ergebnis allerdings ändert sich auch dann nichts, wenn die Untersuchung vom Verkäufer in Auftrag gegeben wurde. Insoweit ist die Empfehlung an den Tierarzt, sich doch tunlichst vom Verkäufer beauftragen zu lassen, um einer Inanspruchnahme durch den Käufer zu entgehen, aus rechtlicher Sicht nicht hilfreich: Die Rechtsprechung hat den Käufer eines Pferdes stets in den Schutzbereich des zwischen Verkäufer und Tierarzt abgeschlossenen Werkvertrages einbezogen, wenn für den Tierarzt erkennbar war, dass das von ihm mitgeteilte Ergebnis Grundlage der Kaufentscheidung sein sollte (OLG Köln 1992). Der durch die Pflichtverletzung des Tierarztes Geschädigte hat einen Anspruch auf Ersatz des „Vertrauensschadens“ (OLG Hamm 1996). Der Geschädigte, der einen für ihn nachteiligen Vertrag geschlossen hat, kann daher grundsätzlich verlangen, so gestellt zu werden, wie er ohne das schuldhafte Verhalten seines Vertragsgegners – also ohne Zustandekommen des Vertrages – stehen würde. Dies bedeutet: Er hat einen Anspruch auf Befreiung von dem abgeschlossenen Vertrag und auf Ersatz seiner nutzlos gewordenen Aufwendungen (OLG Hamm 1996). Der Tierarzt hat also dem Käufer den Kaufpreis zu ersetzen und alle im nachhinein nutzlos gewordenen Aufwendungen für Unterstellung, Fütterung, Pflege, tierärztliche Untersuchung und Behandlung sowie Hufbeschlag des Pferdes, kann aber zu seinem zweifelhaften Trost darauf bestehen, dass an ihn das Pferd herausgegeben wird. Dieser sehr umfangreichen Schadensersatzpflicht und dem geschilderten Haftungsrisiko sah sich der Tierarzt nach alter Rechtslage gemäß der Grundsatzentscheidung des BGH (BGH 1983) über eine 30 Jahre dauernde Verjährungsfrist ausgesetzt. Seit dem 01.01.2002 gilt insoweit die allgemeine Verjährungsfrist von drei Jahren (§§ 634a I Z.3, 195 BGB ff.), soweit nicht vertraglich etwas anderes vereinbart ist (vgl. nachfolgend unter Z.6). Die Verjährung beginnt erst mit dem Schluss des Jahres, in welchem der Anspruch entstanden ist und der Auftraggeber „von den den Anspruch begründenden Umständen“ Kenntnis erlangt hat (§ 199 Abs.1 Z.1,2 BGB).

### Haftungsausschluss und Haftungsbeschränkungen

Das aus der geschilderten Rechts- und Gesetzeslage sich ergebende Haftungsrisiko des Tierarztes zwingt zu der Über-

legung, ob und bejahendenfalls in welchem Umfang eine Einschränkung oder gar ein Ausschluss vertraglich vereinbart werden kann. Bei der Beantwortung dieser Frage ist im Wesentlichen zwischen individualvertraglichen und formularvertraglichen Vereinbarungen zu unterscheiden.

### Individualvertragliche Vereinbarungen

Für Haftungsbeschränkungen, die individuell zwischen den Vertragsparteien ausgehandelt werden, gilt zwar das Prinzip der Vertragsfreiheit, jedoch mit erheblichen Einschränkungen. Zum Einen sind selbstverständlich gesetzliche Verbote einzuhalten, etwa die Bestimmung des § 202 BGB neue Fassung, wonach die Verjährung für Haftung wegen Vorsatzes nicht verkürzt werden darf. Ebenso einzuhalten ist aber auch das Standesrecht, zumal es im Rahmen einer rechtlichen Überprüfung individualvertraglicher Absprachen als Maßstab für die Anwendung des Grundsatzes von Treu und Glauben (§ 242 BGB) Anwendung findet. In der Rechtsprechung ist anerkannt, dass individuelle Vertragsvereinbarungen auf ihre Angemessenheit hin kontrolliert werden können. Wird die Vertragsfreiheit von einer Partei zur Durchsetzung einseitiger Interessen genutzt, können unangemessene Vertragsregelungen im Einzelfall unwirksam sein. Vor diesem Hintergrund muss mit Sicherheit davon ausgegangen werden, dass etwa die Haftung des Tierarztes für die Verletzung elementarer Pflichten oder grobes Verschulden ebensowenig eingeschränkt werden kann wie insoweit eine Verkürzung der Verjährung auf weniger als ein Jahr in Betracht kommt. Darüber hinaus ist zu beachten, dass die Gerichte speziell bei Abweichungen von der gesetzlichen Verjährungsregelung einen strengen Maßstab anlegen und es sicherlich nicht hinnehmen werden, dass eine Umgehung der für Formularverträge geltenden Bestimmungen durch Schein-Individualvereinbarungen erreicht werden soll (Mansel und Budzikiewicz 2002).

### Haftungsvereinbarungen in Formularverträgen

Ohnehin spielen im Vertragsverhältnis zwischen Tierarzt und Auftraggeber individuelle Absprachen selten eine Rolle. Gerade bei der Kaufuntersuchung liegt die praktische Relevanz in der Anwendung eines Formularvertrages, wie er bereits in der Vergangenheit gängig war (Lauk und Huskamp 1987). In dem bereits erwähnten Formularvertrag war eine Verkürzung der Verjährungsfrist auf sechs Monate vorgesehen. Diese Regelung ist von der Rechtsprechung ausdrücklich gebilligt worden (OLG Oldenburg 1998). Nach der neuen Gesetzeslage ist eine Verkürzung der Verjährungsfrist im Rahmen von Formularverträgen lediglich noch auf ein Jahr zulässig, §§ 634a, 307 BGB (Henssler 2001). Erwähnenswert ist in dem Zusammenhang, dass die Verjährungsfrist nicht bereits mit dem Tage der Ankaufsuntersuchung beginnt, sondern entsprechend § 199 BGB erst mit dem Ende des Jahres, in welchem der Anspruch entstanden ist und der Auftraggeber von dem Wesentlichen, den Anspruch begründenden Umständen Kenntnis erlangt hat.

Sind schon die Möglichkeiten begrenzt, die Verjährungsfrist zu verkürzen, so gewinnt die Überlegung an Relevanz, die Schadensersatzpflicht der Höhe nach einzuschränken. Hierzu besteht umso mehr Veranlassung, als immer noch die Rela-



tion zwischen dem durchschnittlichen tierärztlichen Honorar für die Durchführung einer Kaufuntersuchung zu dem übernommenen Haftungsrisiko in einem nicht annähernd ausgeglichenen Verhältnis steht, welches mit steigendem Kaufpreis zunehmend aus den Fugen gerät. Vom Grundsatz her ist eine Beschränkung der Haftungssumme in einem Formularvertrag, etwa auf einen Betrag von 50.000 EUR, durchaus zulässig. Es gelten insoweit jedoch erhebliche Einschränkungen:

Ein Haftungsausschluss ist unwirksam, wenn er sich auch auf die Fälle von Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit bezieht. Für den Tierarzt gilt darüber hinaus, dass er sich nicht für die Verletzung sogenannter Kardinalpflichten freizeichnen kann (Plewa 1987). Dies bedeutet, dass eine Begrenzung der Haftungssumme nur für leicht fahrlässige Verletzungen unwesentlicher Vertragspflichten wirksam ist (OLG Stuttgart 1992). Der praktische Anwendungsbereich erweist sich danach sicherlich als recht klein, andererseits sind durchaus Fälle denkbar, in denen die Haftungssummenbegrenzung greift, z.B. das Nichterwähnen eines Befundes der Gruppe II des Protokolls der Röntgenkommission, wenn dieser Befund innerhalb der Verjährungsfrist nicht klinisch relevant geworden ist. Wurden wirksam zwischen Verkäufer und Tierarzt Haftungsbeschränkungen vereinbart, so gelten diese auch im Verhältnis zum Käufer, soweit dem grundsätzlich Ansprüche aus dem Gesichtspunkt der Schutzwirkung des Vertrages zustehen (OLG München 1994).

## Fazit

Es liegt im Interesse der gesamten Tierärzteschaft, die Anforderungen an eine „übliche“ Kaufuntersuchung zu standardisieren. Diesem Ziel wird in der Praxis durch die Verwendung möglichst einheitlicher Untersuchungsprotokolle zu entsprechen sein, deren Inhalt dem aktuellen Stand der veterinärmedizinischen Wissenschaft und allgemein anerkannten Anforderungen an den Umfang der klinischen wie röntgenologischen Untersuchung zu entsprechen hat. Die Möglichkeiten des Tierarztes, durch einen Formularvertrag seine Haftungsrisiken einzuschränken, sind durch gesetzliche Vorgaben sehr begrenzt. Diesem Umstand sollte durch Abschluss einer Vermögensschadenhaftpflichtversicherung mit ausreichender Deckungssumme entsprochen werden, im Einzelfall kann eine individualvertragliche Vereinbarung hilfreich sein.

Im Spannungsfeld der Interessen zwischen Verkäufer und Käufer eines Pferdes kommt dem Tierarzt eine sehr wichtige Rolle zu. Die seit dem 01.01.2002 geänderte Gesetzeslage hat zur Folge, dass der Tierarzt vermehrt auch die Interessen des Verkäufers zu beachten hat. Potentielle Anspruchsteller sind Verkäufer wie Käufer unabhängig davon, wer Auftraggeber ist. Die haftungsrechtliche Relevanz der Kaufuntersuchung ist indes durch die Reform des Kaufrechts nicht erhöht, sondern im Hinblick auf die erhebliche Stärkung der Käuferrechte eher verringert worden.

## Literatur

AVP (1995): Allgemeine Bedingungen für die Versicherung von Pferden  
BGB (Bürgerliches Gesetzbuch) alte Fassung §§ 481 ff. in Verbindung mit § 1 ViehmängelVO

BGB (2002): Bürgerliches Gesetzbuch vom 02.01. 2002 BGBl. I, 122  
BGH (1983): NJW 83, 2078  
BGH (1986): NJW-RR 86, 1438  
Deutsche Reiterliche Vereinigung (2002): FN-Formularvertrag, FN-Verlag  
Eder H. (1999): Pferdehaltung im deutschen Recht. Dissertation München. 111  
Fellmer E., H. Eikmeier und H. Mögle (1990): Lehrbuch der gerichtlichen Tierheilkunde. Berlin und Hamburg, 65  
Henssler M. und F. Graf von Westphalen (2001): Praxis der Schuldrechtsreform. ZAP Verlag, Recklinghausen  
Huskamp, B. (1963): Der praktische Tierarzt. 141f  
Lauk H.D. und B. Huskamp Hsgeb. (1987): Vertrag über die Untersuchung eines Pferdes, Hippiafrika Verlag, Stuttgart  
Köhler H. und H. Kraft (1984): Gerichtliche Veterinärmedizin. Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart  
LG Fulda (1998): 2 O 486/98  
LG Heidelberg (1994): 8 O 294/94  
LG Itzehoe (2000): 2 O 438/2000  
LG Karlsruhe (1996): 8 O 126/96  
LG Lüneburg (1998): 1 S 24/98  
LG Memmingen (1994): 3 O 955/94  
LG Münster (1992): 10 O 211/92  
LG Saarbrücken (1996): 11 S 299/96 bzgl. sechs Monate altem Attest  
Mansel H. und C. Budzikiewicz (2002): Das neue Verjährungsrecht. Deutscher Anwaltverlag, Bonn, 190f  
OLG Düsseldorf (1998): 8 U 151/98  
OLG Frankfurt (1992): 23 U 44/92  
OLG Hamm (1980): 24 U 164/80  
OLG Hamm (1983): 24 U 215/83  
OLG Hamm (1996): NJW-RR 96, 736, 737  
OLG Karlsruhe (1996): 1 U 228/96  
OLG Karlsruhe (1997): 6 U 38/97  
OLG Köln (1987): 13 U 16/87  
OLG Köln (1992): VersR 92, 978  
OLG Köln (1995): „NJW-RR 95“, 113  
OLG München (1994): 25 U 4042/94, VersR 96, 731  
OLG Oldenburg (1998): VersR 98, 1563  
OLG Schleswig (1987): VersR 87, 624  
OLG Stuttgart (1992): VersR 92, 979  
OLG Zweibrücken (1999): 5 U 9/99  
Palandt (2002): Bürgerliches Gesetzbuch. Verlag Beck, 61. Auflage 2002, Rz 8 vor § 631 BGB  
Plewa D. (1987): „Vertrag über die Untersuchung eines Pferdes“ – Ein Beitrag zur Standardisierung der Ankaufsuntersuchung beim Pferd. Teil I: Juristische Anmerkungen. Pferdeheilkunde 3, 297 - 302  
Plewa D. (2001): Die Haftung des Tierarztes für Vermögensschäden im Zusammenhang mit der Ankaufsuntersuchung. Pferdespiegel 17ff.  
Schulze E. (1992): Die Haftung des Tierarztes. Selbstverlag Berlin, 121f.  
von Salis B. (1996): Ankaufsuntersuchung beim Pferd. Gustav Fischer Verlag Jena

Dr. jur. Dietrich Plewa  
Ludwig Erhard Straße 4  
76726 Germersheim  
E-Mail: rae.plewa-doppler@t-online.de